

Die Grünen in der Krise: Pläne gegen Rechtsruck und Migration!

Die Bundestagswahl 2025 bringt neue Herausforderungen für die Grünen: Kritik an der Partei, Migration als zentrales Thema und Strategien zur Wählergewinnung.



Nach der Bundestagswahl 2025, die am 23. Februar stattfand, stehen die Grünen unter Druck, ihre politische Agenda neu auszurichten. Mit einem enttäuschenden Ergebnis von lediglich 11,6 Prozent der Stimmen **radiowestfalica.de** haben sie ein stark wahrgenommenes Zeichen gesetzt, dass Veränderungen notwendig sind, um den Anschluss an die Wähler nicht zu verlieren.

Auf einem aktuellen Parteitag haben führende Vertreterinnen und Vertreter der Grünen klare Forderungen geäußert. Fraktionschefin Katharina Dröge kritisierte, dass die Partei in der Klimaschutzpolitik in der Defensive sei und forderte eine klare Haltung der Union bezüglich der Asylpolitik. Ihre Forderung

schließt ein, dass Grenzschießungen abgelehnt werden sollten.

Politische Stellungnahmen zur Asylpolitik

Die Debatten um die Asylpolitik sind besonders brisant. Dröge und Annalena Baerbock, die geschäftsführende Außenministerin, warnen vor einem nach rechts verschobenen Diskurs. Baerbock fordert zudem eine klare Position zu Abschiebungen, während Delegierte wie Leonie Wingerath die Meinung vertreten, dass Abschiebungen nicht als Ersatz für Strafrecht dienen dürfen. Griechische Franziska Brantner, Parteichefin, hat ihr Unbehagen über die Koalitionsüberlegungen mit der Union deutlich gemacht.

In Anbetracht der Migrationsthemen bekräftigte die Partei ihren Standpunkt, dass Deutschland weiterhin ein Einwanderungsland bleiben soll. Laut des Wahlprogramms der Grünen ist die Beibehaltung des Grundrechts auf Asyl zentral und die Unterstützung humanitärer Aufnahmeprogramme muss gewahrt bleiben **tagesschau.de**.

- **SPD:** Kritik an der Dauer von Asylverfahren; möchte diese auf sechs Monate beschleunigen.
- **CDU:** Strebt faktischen Aufnahmestopp und Auslagerung von Asylverfahren an.
- **FDP:** fordert ein Einwanderungsgesetzbuch.
- **AfD:** setzt sich für „Remigration“ und konsequente Abschiebungen ein.
- **Die Linke:** lehnt Migrationsabkommen und Asylrechtsverschärfungen ab.

Im Kontext dieser Teildisziplinen im Migrationsdebatte hat die Union, unter Friedrich Merz, eine Wende vollzogen, nachdem ein Messerangriff in Aschaffenburg die Thematik der Migration in den Fokus gerückt hat. Merz und seine Partei haben Anträge und einen Gesetzentwurf zur Migrationspolitik in den Bundestag eingebracht, die jedoch in der Ansprache von unterschiedlichen Prinzipien und Schwerpunkten durch die Parteien

gekennzeichnet sind.

Ergebnisse und Ausblick

Die Grünen haben auch Maßnahmen zum Kampf gegen Populismus angekündigt. Brantner hat versichert, dass ihre Partei deutlich machen wird, dass sie sich für Prinzipien stark macht und die Präsenz in Ostdeutschland erhöhen wird. Die Interne Arbeitsgruppe unter Svenja Borgschulte zeigte sich besorgt darüber, dass die Partei in der Vergangenheit nicht entschieden genug gegen den Rechtsruck vorgegangen ist.

Zusammenfassend bleibt zu sagen, dass die Grünen sich nicht nur von der Geschlossenheit ihrer politischen Führung abgrenzen müssen, sondern auch klare Schritte in der Migrationspolitik ergreifen sollten, um ein Vertrauen bei den Wählern zurueckzugewinnen. Die Wahlprogramme und die politischen Forderungen der großen Parteien zeigen einen klaren Konflikt zwischen den Positionen, was deutlich macht, dass die Debatte über Migration, Asyl und Integration auch weiterhin ein zentrales Thema in der Politik darstellen wird **ewtn.de**.

Details	
Quellen	• www.radiowestfalica.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de